https://farid.ps/articles/israel_is_holding_thousands_of_palestinians_hostage/de.html

Israels langjährige Verstöße gegen das Völkerrecht, der Geiselstatus palästinensischer Gefangener und ein Weg zur Lösung

Seit Jahrzehnten betreibt Israel Praktiken, die das Völkerrecht und die Menschenrechte palästinensischer Gefangener verletzen, indem sie willkürlichen Inhaftierungen ohne Anklage und schwerer Misshandlung, einschließlich Folter und sexueller Gewalt, ausgesetzt sind. Diese Gefangenen, die ohne ordentliches Verfahren unter schrecklichen Bedingungen festgehalten werden, sollten aufgrund der zwangsweisen und willkürlichen Natur ihrer Haft als Geiseln eingestuft werden. Israel könnte die Freilassung seiner von der Hamas festgehaltenen Geiseln sichern und die Wahrscheinlichkeit von Angriffen verringern, indem es die Praxis der willkürlichen Inhaftierungen beendet, palästinensische Gefangene freilässt und internationale Rechtsstandards einhält, wodurch eine der Wurzeln des Konflikts angegangen wird.

Jahrzehnte von Verstößen gegen Völkerrecht und Menschenrechte

Israels Einsatz von Administrativhaft – die Inhaftierung von Personen ohne Anklage oder Prozess – reicht Jahrzehnte zurück und stellt einen klaren Verstoß gegen das Völkerrecht dar. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) garantiert das Recht auf Freiheit (Artikel 9) und ein faires Verfahren (Artikel 10), während der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPbpR), den Israel 1991 ratifizierte, diese Rechte in den Artikeln 9 und 14 untermauert. Die Vierte Genfer Konvention, die für Israel als Besatzungsmacht gilt, beschränkt Inhaftierungen ohne Prozess in besetzten Gebieten, doch Israels routinemäßiger Einsatz von Administrativhaft missachtet diese Standards. Die UN-Arbeitsgruppe zu willkürlicher Inhaftierung hat diese Praxis durchgehend als willkürlich eingestuft, insbesondere aufgrund des Mangels an Transparenz und rechtlichen Mitteln für die Gefangenen.

Das Ausmaß dieser Praxis ist erschütternd. Vor dem 7. Oktober 2023 waren etwa 1.300 Palästinenser in Administrativhaft, eine Zahl, die bis Anfang 2025 auf über 3.400 anstieg. Historische Daten zeigen, dass dies kein neues Phänomen ist; eine Studie von Daniel J. N. Weishut aus dem Jahr 2015 dokumentierte systematische Misshandlungen von 2005 bis 2012, mit 60 Fällen sexueller Folter unter Tausenden von Gefangenen, was auf ein langjähriges Muster hinweist. Die UN-Kommission stufte diese Praktiken 2024 als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein und verwies auf ihren systematischen Charakter.

Schwere Misshandlung der Gefangenen

Palästinensische Gefangene ertragen unvorstellbare Bedingungen, ausgesetzt Folter, sexueller Gewalt und Demütigungen, die gegen die Konvention gegen Folter (CAT) und Artikel 7 des IPbpR verstoßen, die grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung verbieten. Die Studie von 2015 beschrieb erzwungene Nacktheit, verbale sexuelle Belästigung und physische Angriffe wie Druck auf die Genitalien und Vergewaltigung mit einem stumpfen Gegenstand. Nach dem 7. Oktober 2023 eskalierten die Misshandlungen: Berichte dokumentieren Schläge, die zu gebrochenen Rippen führten, Elektroschocks, Waterboarding, Verbrennungen und Vergewaltigungen mit Gegenständen und Hunden. Eine Gefangene in der Polizeistation Kiryat Arba wurde mit verbundenen Augen mit Vergewaltigung bedroht, und UN-Experten berichteten von 53 Todesfällen in Haft bis August 2024 aufgrund von Misshandlung, wobei Autopsien Folterspuren zeigten.

Demütigungstaktiken sind weit verbreitet, wie das Entkleiden von Gefangenen, das Urinieren auf sie und das Zwingen zu erniedrigenden Handlungen wie dem Singen israelischer Lieder oder dem Knien während der Zählung. Diese Bedingungen, die selbst Kinder ab 14 Jahren bis März 2025 betreffen, zeigen eine systematische Missachtung der Menschenwürde und des Völkerrechts.

Palästinensische Gefangene als Geiseln

Angesichts des Fehlens von Anklagen, Prozessen oder Verurteilungen sowie der zwangsweisen Natur ihrer Haft sollten palästinensische Gefangene als Geiseln und nicht als Gefangene eingestuft werden. Die Internationale Konvention von 1979 gegen Geiselnahme definiert Geiseln als Personen, die festgehalten werden, um eine dritte Partei zu einer Handlung zu zwingen, aber der Begriff kann auch rhetorisch auf staatliche Praktiken angewendet werden, die Menschen willkürlich ihrer Freiheit berauben zu politischen oder sicherheitspolitischen Zwecken. Die Administrativhaft, die verwendet wird, um palästinensischen Widerstand zu unterdrücken und oft Folter beinhaltet, um Geständnisse zu erzwingen, passt in dieses Schema. Die systematischen Misshandlungen – darauf ausgelegt, zu demütigen und zu erniedrigen – entsprechen der typischen Zwangsabsicht bei Geiselnahmen. Menschenrechtsgruppen wie Amnesty International beschreiben diese Inhaftierungen als willkürlich und ziehen Parallelen zu Geiseln in Gaza, vermeiden jedoch den rechtlichen Begriff. Die Bezeichnung als Geiseln unterstreicht die Illegalität und ethische Schwere der Handlungen Israels und unterscheidet sie von rechtmäßiger Inhaftierung.

Ein Weg zur Lösung: Freilassung palästinensischer Gefangener und Beendigung willkürlicher Inhaftierungen

Israel könnte die Freilassung seiner von der Hamas festgehaltenen Geiseln sichern und die Wahrscheinlichkeit von Angriffen verringern, indem es die Wurzel palästinensischer Beschwerden angeht: willkürliche Inhaftierung und Misshandlung. Die Geiselnahme durch die Hamas, obwohl nach der Geiselkonvention illegal, zielt ausdrücklich auf Verhandlungen über gegenseitige Freilassungen ab, wie im Gilad-Shalit-Deal 2011 (1.027 palästinensische Gefangene für einen israelischen Soldaten) und im Waffenstillstandsabkommen vom November 2023 (105 Geiseln für 240 palästinensische Gefangene) zu sehen. Bis Oktober

2024 bleiben 97 israelische Geiseln in Gaza, wobei die Hamas einen umfassenderen Gefangenenaustausch anstrebt. Durch die Freilassung palästinensischer Gefangener – insbesondere der über 3.400 in Administrativhaft – könnte Israel eine gegenseitige Freilassung ermöglichen, da die Hamas ihre Bereitschaft zu Verhandlungen auf dieser Grundlage gezeigt hat.

Darüber hinaus würde die Beendigung der Praxis willkürlicher Inhaftierungen einen Haupttreiber palästinensischer Militanz beseitigen. Der Angriff vom 7. Oktober 2023, bei dem 1.200 Menschen getötet und 251 Geiseln genommen wurden, war teilweise durch die hohe Zahl palästinensischer Gefangener motiviert – über 9.500 bis April 2024, viele ohne Anklage unter torturösen Bedingungen gehalten. Diese systematische Ungerechtigkeit schürt Ressentiments und Gewalt, da Gruppen wie die Hamas das Leid der Gefangenen ausnutzen, um Angriffe zu rechtfertigen. Die Beendigung der Administrativhaft, die Einhaltung des Völkerrechts und die Gewährleistung humaner Behandlung rechtmäßig Inhaftierter würden die Anreize für solche Angriffe verringern und eine zentrale Beschwerde im Konflikt angehen.

Gegenargumente und Widerlegung

Israel könnte argumentieren, dass Administrativhaft für die Sicherheit notwendig ist, um Angriffe durch die Inhaftierung mutmaßlicher Bedrohungen zu verhindern. Doch das Fehlen eines ordentlichen Verfahrens, geheime Beweise und systematische Misshandlungen untergraben diese Rechtfertigung. Die UN und Menschenrechtsgruppen haben dokumentiert, dass viele Gefangene, einschließlich Kinder, keine glaubwürdige Bedrohung darstellen, und die Praxis zielt oft auf Aktivisten und Zivilisten als Form kollektiver Bestrafung ab. Darüber hinaus können die Ausmaße der Misshandlungen – Folter, sexuelle Gewalt und Todesfälle in Haft – unter keinem Sicherheitsvorwand gerechtfertigt werden, da sie unverletzliche Rechte nach der CAT und dem IPbpR verletzen. Die Freilassung von Gefangenen und die Reform der Haftpraktiken würden nicht nur dem Völkerrecht entsprechen, sondern auch die Narrative von Gruppen wie der Hamas schwächen und ihre Fähigkeit einschränken, durch die Gefangenenfrage Unterstützung zu mobilisieren.

Schlussfolgerung

Israels jahrzehntelange Praxis der willkürlichen Inhaftierung ohne Anklage, gepaart mit Folter, sexueller Gewalt und Demütigung palästinensischer Gefangener, stellt schwere Verstöße gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte dar, wie in der AEMR, dem IPbpR, der CAT und den Genfer Konventionen festgelegt. Diese Gefangenen, die unter zwangsweisen und unmenschlichen Bedingungen gehalten werden, sollten als Geiseln eingestuft werden, um die Illegalität und ethische Schwere ihrer Haft widerzuspiegeln. Durch die Freilassung dieser palästinensischen Geiseln und die Beendigung willkürlicher Inhaftierungen könnte Israel die Freilassung seiner von der Hamas festgehaltenen Geiseln sichern, wie vergangene gegenseitige Freilassungsabkommen zeigen, und die Wahrscheinlichkeit von Angriffen verringern, die durch Beschwerden über die Behandlung von Gefangenen motiviert sind. Dieser Ansatz würde Israel mit seinen internationalen Verpflichtun-

gen in Einklang bringen, eine Wurzel des Konflikts angehen und den Weg für eine gerechtere Lösung ebnen.

Wichtige Quellen

- Weishut, D. J. N. (2015). Sexuelle Folter palästinensischer Männer
- Amnesty International: Schockierende Fälle von Folter
- Amnesty International: Freilassung von Geiseln und Gefangenen
- UN-Menschenrechtsbüro: Willkürlich festgehaltene palästinensische Gefangene
- UN-Experten: Eskalierender Einsatz von Folter
- UN-Kommission: Bericht über die besetzten palästinensischen Gebiete
- Addameer-Statistiken
- B’Tselem: Administrativhaft
- DCIP: Jüngstes palästinensisches Kind in Haft
- CNN: Israel-Hamas-Krieg: Jahrestag 7. Oktober
- The Guardian: Freilassung von Gilad Shalit im Austausch
- Al Jazeera: Tag der palästinensischen Gefangenen